

Herrn Oberbürgermeister
Dr. Frank Mentrup
76124 Karlsruhe

20.11.2025

DOPPELHAUSHALT	2026/2027
ANTRAG	DHH/2025/

Hebammen in Familienzentren erhalten (HHS4_GR57)

► Zuordnung im Haushaltsplan					
Seite im HH-Plan	Teilhaushalt				
►	► 5000				
Ergebnishaushalt: Produktbereich Produktgruppe Schlüsselposition					
► HHS4_GR57					
Finanzhaushalt: Investive Maßnahme					
►					
► Änderungen und neue Mittelanmeldungen					
Art	2026	2027	2028	2029	2030
<input type="checkbox"/> Stellenschaffung/-reduzierung					
<input type="checkbox"/> Erhöhung/Reduzierung Erträge, Aufwendungen, Ein- oder Auszahlungen					
Transferaufwendungen	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
Bitte aus Liste auswählen					
<input type="checkbox"/> Sperrvermerk					
<input type="checkbox"/> Verpflichtungsermächtigung					
► davon zahlungswirksam in					
Sonstige Änderungen					
<input type="checkbox"/> Konzeption, Ziele, Maßnahmen, Kennzahlen					
s. Hinweis - F1-Taste !					

**VERWEISQUELLE KONNTE NICHT
GEFUNDEN WERDEN./20FEHLER!
VERWEISQUELLE KONNTE NICHT
GEFUNDEN WERDEN.**

Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.

► Weitere Angaben
bei Leistungen an Zuschussempfänger
► Verschiedene Empfänger*innen, Hebammen in Familienzentren
► Sachverhalt Begründung

Wir wollen die sogenannten "Hebammensprechstunden" erhalten. Daher sollen die Mittel für die Hebammen in Familienzentren nicht, wie von der Verwaltung vorgeschlagene um 58.000 Euro reduziert werden, sondern nur um 8.000 Euro auf 50.000 Euro.

Die Information durch freiberufliche Hebammen unmittelbar nach der Geburt gehört zu den präventiven Maßnahmen mit kleinstem Aufwand im Verhältnis zum Erfolg. Wenn im Säuglingsalter Gewalt oder übergroßer Stress stattfinden, sind die Folgen größer als in jeder anderen Lebensphase. Die sozialpädagogische Bedeutung liegt darin, niederschwellig Familien an Hebammen und damit an die "Frühen Hilfen" heranzuführen, die keine positive Erfahrung mit staatlicher Hilfe gemacht haben oder Hebammenbegleitung nicht kennen. Zudem zeigen Studien, dass Familien mit geringem Einkommen deutlich seltener Hebammenbetreuung in Anspruch nehmen. „Hebammensprechstunden“ sind daher keine reine Aufgabe der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV), sondern wichtiger Bestandteil des sozialen Netzes.

Unterzeichnet von:

Aljoscha Löffler, Jorinda Fahringer und GRÜNE Fraktion

Adina Geißinger, Fabian Gaukel, Kien Nguyen (Volt)

Lüppo Cramer, Sonja Döring, Michael Haug - KAL Fraktion